

# Der Arbeiter



## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle - Bezirk Merseburg

Das „Der Arbeiter“ erscheint mit Beilagen. Es ist Publikations-Organ der gemeinsamen und gesamtdeutschen Organisationen und amtlichen Organ örtlicher Behörden. Schriftleitung: Dr. Märkerstraße 6. Fernsprech-Anschluß Nr. 24605, 24607, 26605. Persönliche Kommunikation mittags von 9 bis 14 Uhr. — Unentgeltlich eingehenden Manuskripten ist kein Rückporto beizufügen.

Bezugspreis monatlich 1,20 und 0,30 RM. Beilagengebühr, insoweit 2,10 RM. Für Abholer monatlich 0,45 RM. Wohnbezugspreis 2,10 RM. durch Postboten zuerlegt 2,50 RM. bei direkter Einlieferung an den Verlag 2,40 RM. — Einzelpreis 15 Pf. im Anzeigen- und 80 Pf. im Restanteil der Willkür. Gewerkschaftsbeilage: Dr. Märkerstraße 6. Fernruf 24605, 24607, 26605. Postfachkonto 2319 Berlin.

### Die deutschnationalen Barone wollen „Notstandsrecht des Staates“

# Schleicher—Bell—Frick

## Neues Spiel mit Verfassungsbruch! / Mit der Dapen-Katastrophe nicht genug?

Am Montag fand zwischen dem Reichspräsidenten Dr. Weizsäcker und dem Reichskanzler Dr. Brüning ein Gespräch über die politische Lage statt. Die Unterredung, in der insbesondere die Frage der Bildung einer parlamentarischen Regierung erörtert wurde, ist ergebnislos verlaufen. Auch die Besprechungen, die in den letzten Tagen zwischen Nationalsozialisten und den „reinen Deutschen“ im Augenblick stattfanden, haben bisher hinsichtlich der Wiederbelebung der Dapenburger Front ein greifbares Ergebnis nicht gehabt. Innerhalb der Reichsregierung ist man unterdessen eifrig dabei, die Möglichkeiten der Verhängung eines „Notstandsrechts des Staates“ zu prüfen und vor allem zu untersuchen, wie eine derartige Proklamation mit verfassungswidrigen Argumenten untermauert werden kann. Die Unterredung, die am Montag

zwischen dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler „über die politische Lage“ stattfand, läßt den Schluß zu, daß die deutschnationalen Barone sich grundsätzlich bereits entschlossen haben, das „Staatsnotstandsrecht“ zu proklamieren und den Reichstag ohne Ausschreibung von Neuwahlen aufzulösen. Die Frage ist nur, ob dieser Entschluß nur für den Fall eines Konfliktes mit dem Reichstag oder auch dann durchgeführt werden soll, wenn die Nationalsozialisten verjagt werden, einer Klärung der innerpolitischen Lage durch weitere Beratungen des Reichstages aus dem Wege zu gehen. Die deutschnationalen erziehen die Proklamation des „Staatsnotstandsrechts“ unter allen Umständen. Sie erziehen die Ausschaltung jeder parlamentarischen Kontrolle, um an ihre Stelle die deutschnationalen Notverordnungen zu setzen. So würde dem deutsch-

nationalen Klientelwesen, wie wir es jetzt bereits seit Monaten in Preußen unter dem Protektorat Hindenburgs erleben, auch im Reich Tür und Tor geöffnet. Zahlreiche Anzeichen sprechen dafür, daß Schleicher allen Ernstes im Begriff steht, den deutschnationalen Geistes zu folgen und zu entsprechen.

Die Proklamation eines „Staatsnotstandsrechts“ hat in der Verfassung keine Grundlage. Sie ist verfassungswidrig. Wer dennoch seine Hand dazu gibt, treibt Verfassungsbruch. Wie ein derartiges Spiel beginnt, mögen seine Urheber vielleicht wissen, aber nicht wissen können. Wir warnen deshalb nochmals vor einem Plan, der Deutschland in ein ungeheures Unglück führen kann!

## SPD-Taktik und braune Provokation

Die „Weltrevolutionäre“ mit „reformistischem“ Ruf: „Läßt euch nicht provozieren!“

Zur braunen Provokation am Sonntag vor dem Berliner „Karl-Liebknecht-Haus“ ist nur noch die Taktik der SPD-Zentrale näher zu beleuchten:

Was ist die Sozialdemokratie? Sie warnte die Inhaber der Staatsgewalt vor dem von ihnen erlaubten freiespielen Spiel, verlangte das Verbot der Naziorganisation am Karl-Liebknecht-Haus und wies die sozialdemokratischen Arbeiter an, sich von Hitler nicht provozieren zu lassen und ihm dadurch das Konzept des so fern eingeschalteten Planes zu verwerfen. „Berat, Berat“ für die SPD, von morgens bis abends. Das ganze Alpbabel von den „Sozialdemokratischen Soldaten des Kapitals“ bis zu den „Betrügern in der Lindenstraße“, dem Sitz des Vorstandes der Sozialdemokratischen Partei, wurde in der kommunistischen Presse abgeleitet und es wurde wieder einmal erzählt, wie die Weis und Leipzigt mit Schleicher verhandeln. In Ballenstedt habe es am 20. Juli gehalten, jener „Tag des Betrugs und Betrug“, an dem die SPD, als sie mit Protesten begünstigt hätte, halt den Generalstreik zu proklamieren und die Arbeiter gegen die Reichsregierung des Herrn Schleicher zu führen! „Arbeiter, laßt die SPD-Arbeiter“, heißt es in der „Roten Fahne“, „Ist nicht die Weis und Leipzigt ihrer Politik des 20. Juli hundertprozentig treugeblieben? Muß nicht diese Politik den fortschrittlichen Klassenstand zu immer neuen Vorkäufen ermuntern? Sie erhalten von der fortschrittlichen Reaktion einen Zutritt nach dem anderen; aber das heißt sie nicht davon ab, immer erneut Betrug zu den Bewusstlosen der fortschrittlichen Diktatur zu unternehmen. Das ist die Fortsetzung des Kapitalisationspolitiks des 20. Juli!“

So steht es im kommunistischen Zentralorgan am Tage der Hitler-Propaganda. Und was erkläre wir am Abend? Nicht nur, daß die sozialdemokratische Taktik richtig war und der Oberkampf nicht seiner Blößen halber getrickelt und gelächelt nach Hause kamen, sondern: durch ein Polizeiausgebot von zehntausend Mann. Wir erfahren aber auch, daß die SPD keine andere Taktik eingeschlagen hätte, als die Sozialdemokratie jetzt und am 20. Juli empfohlen hätte. Zwei Tage vor dem Sonntagartikel der „Roten Fahne“ und der Proklamation der Zentrale waren in deren Auftrag ihre Mitstreiter und Kämpfer, zu Schleicher gegangen.

Zwei Tage vor dem 22. Januar hatten Torgler und Kasper im Auftrag der SPD mit Schleicher die kommunistische Taktik des 22. Januar besprochen und ausgehandelt, und am Abend dieses Sonntag, nach Hitlers Niederlage, ganz Mitglieder der kommunistischen Parteizentrale bereign zu diesem Zweck eingeladen bürgerlichen Presse einen Empfang. Bei dieser Pressebesprechung ließ die SPD-Zentrale den bürgerlichen Journalisten den Verlauf des Tages schildern und einfügen; daß es zu keinen ernsthaften Zwischenfällen gekommen und kein Aufruf der Straßen Berlin gestört habe, weil die SPD ihre Mitglieder und Wähler angewiesen hätte, sich ruhig zu verhalten und nicht provozieren zu lassen.

## Zusammenstöße in Chemnitz

In Chemnitz und Umgebung kam es in den letzten Tagen wiederholt zu blutigen Zusammenstößen, die reiflos von SA-Leuten provoziert worden waren. In allen Fällen gab es zahlreiche Schwere- und Leichtverletzte. Unter den Schwerverletzten befinden sich Reichsbannerleute, Kommunisten und Nationalsozialisten.

### Für die Geschlossenheit der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften

# Kampf um die Betriebsräte!

## Für das Mitbestimmungsrecht in den Betrieben! / Wählt nur freigewerkschaftliche Listen!

Die freien Gewerkschaften veröffentlichen einen Aufruf zu den Betriebsräte-Wahlen 1933, dem die Arbeiterräte und Angestelltenbelegten der Betriebsrätekonferenz des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes sowie die Bundesverbände und die angeschlossenen Verbände des ADGB und des AFV-Bundes einmütig zustimmen haben:

Am dem Aufruf heißt es besonders: „Der Kampf der Kommunisten und Nationalsozialisten in den Betrieben richtet sich gegen die

Gewerkschaften und damit gegen die Interessen der Arbeiterschaft. Nur starke Gewerkschaften können die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehmen. Nur aus dem Erfolg der Arbeitlicher Gewerkschaften erwachsen die Betriebsräte ihre Aufgaben und die Grundlage für deren Durchführung. Es gilt daher die Betriebsrätewahlen 1933 durchzuführen unter der Parole

für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung, gegen jede parteipolitische Zersplitterung.

Die Gewerkschaften sind ununterbrochen bemüht, durch Vertretung der Arbeitszeit, durch wirkliche Arbeitsbeschaffung, durch die Erhöhung der Kaufkraft der Löhne die Vermehrung der Arbeitsplätze und dadurch die Befestigung der Arbeitslosigkeit

und die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse zu erreichen. An entscheidendem Kampf ist es den Gewerkschaften gelungen, die Tarifkammerungs-Verordnung vom 5. September 1932 wieder zu beseitigen. Der Anfang zur Durchsetzung des nächsten Zieles der Gewerkschaften, alle Arbeiter und Angestellten wieder in Arbeit zu bringen, ist gemacht. Das meiste bleibt noch zu tun übrig. Aber dieses nächste Ziel ist nur durch die

vollkommene Geschlossenheit der Arbeiterklasse in den Gewerkschaften zu erreichen. Ohne starke und kampftätige Gewerkschaften ist die Arbeiterklasse ein wehrloser Spielball in der Hand ihrer Gegner.“

# Der zweite Reichsbetriebsrätekongress

Über 400 Betriebsräte aus dem Reich waren gestern im Berliner Gewerkschaftshaus versammelt, um Stellung zu nehmen zu den bevorstehenden Betriebsrätewahlen. Im Namen des ADGB und des AFV-Bundes begrüßte Genosse Reipart diegen

Betriebsräte wahlen entgegengebracht wird, können die Gewerkschaften aber ihre Forderungen nicht vermitteln. Die Wähler müssen auch aktive Gewerkschaftsmitglieder werden. Die Betriebsräte wahlen 1933 werden wieder unter der Parole der

Einigung der Arbeiter in den Gewerkschaften stehen. Jede parteipolitische Einflussnahme auf die Betriebsräte wahlen haben die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften zurückzuweisen. Ebenso entscheiden haben sie aber auch für die Forderungen der Gewerkschaften auf Einführung der Vierstundentage, Durchführung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms und Erhöhung der Kaufkraft einzutreten. Unter diesem Zeichen müssen die Betriebsräte wahlen 1933 stehen.

In zwei weiteren instruktiven Referaten wurde von der Genossin Gertrud Hanna die Notwendigkeit der Mitarbeit der Arbeiterinnen in den Betriebsvertretungen aufgezeigt und vom Genossen Fährig die Rechtssprechung zum Betriebsrätegesetz. Auf die Vertrauensfrage, die Genosse

Reipart in seiner Eröffnungsansprache an die Betriebsräte gerichtet hatte, erfolgte in der Diskussion von sämtlichen Rednern eine klare Antwort. Alle erklärten, daß sie die Hauptkampagne, die von der kommunistischen Presse in den letzten Monaten mit besonderem Eifer gegen die Führer der freien Gewerkschaften betrieben worden sei, aufmerksam beobachtet hätten. In welcher Form aber auch die Meldungen der mostauhörigen Presse darüber erschienen sind, daß der Bundesvorstand des ADGB, insgesam mit dem Reichsbannerpattiere und ihm die Mitglieder der freien Gewerkschaften ausliefern wolle, nirgends sind diese Zweifeltungen von den freien gewerkschaftlichen Betriebsräten und den gewählten Gewerkschaftsmitgliedern auch nur eine Minute lang gelaugt worden.

Das Vertrauen zur Führung ist bei den Funktionären und Mitgliedern der freien Gewerkschaften tief verwurzelt.

Dem die Gewerkschaftsführer haben niemals das Vertrauen ihrer Anhänger so schamlos mißbraucht, wie die Führer der rechts- und linksradikalen gewerkschaftsfeindlichen Bewegungen.

2. Reichsbetriebsrätekongress. Er setzte sich in seiner Eröffnungsrede mit den Vorwürfen auseinander, die in den letzten Monaten gegen die Gewerkschaftsführer, ganz besonders aber gegen den Vorstand des ADGB, erhoben worden sind. Die Betriebsräte, denen diese gemeinen Verleumdungen aus der kommunistischen Presse hinsichtlich bekannt sind, sollen in der Diskussion offen erklären, ob sie zur Führung ihrer Spitzenorganisationen Vertrauen haben oder nicht.

Das Hauptreferat hielt Genosse Körpel, der die Aufgaben der Betriebsräte und die Bedeutung der diesjährigen Betriebsräte wahlen klar herausstellte. Mit dem Vertrauen allein, das ihnen bei den







### SPD., Ortsverein Halle

Freitag, den 27. Januar, abends 8 Uhr, im „Vollspart“:  
**Generalversammlung.**  
 Es ist Pflicht aller Genossinnen und Genossen, in dieser wichtigen Jahresversammlung zu erscheinen.  
**Erwerbslosengemeinschaft SPD.**  
 Donnerstag, den 26. Januar, nachmittags 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Vortrag des Gewonnen Erich Müller: „Mietrecht und Arbeitslosigkeit.“ Zahlreicher Besuch wird erwartet.

## Arbeitsbeschaffung durch Reichsdarlehen

Mit einem Kostenaufwand von 2 Millionen Mark soll für 100000 Tagewerte Arbeit geschaffen werden

### Zum Tiefbauprogramm ist vorgesehen

der Kanal für den Reizenweg, Gesamtkosten 100.000 RM, der Kanal für den Kendorferweg und Hörterweg, 93.000 RM, der Regenlauf am Hölzberger Weg, 39.000 RM; außerdem werden für den Umbau des Pumpwerkes am Reizenweg 30.000 RM, für die Herstellung der Zubringerkanäle an den Sammler Königstraße 112.500 RM, für den Ausbau der Hellstraße zwischen Markt- und Straße Brunnenstraße 162.000 RM und für den Ausbau des Ballberger Weges zwischen Teipzierer und Hohenbahn 287.000 RM vorgesehen. Auch wird der Ausbau von Wegen auf dem Gertraudenriedhof beantragt, und zwar mit 22.000 RM. Von den Gesamtkosten des Arbeitsprogramms des Tiefbauprogramms in Höhe von 841.500 RM entfallen 266.100 RM auf Löhne und Gehälter und 575.400 RM auf Material usw.

### Die Vorläufe der Hochbauprogramme

kommen zu einem Gesamtaufwande von 967.000 RM und weisen 101 verschiedene Positionen auf. Für den Schlachthof ist die Erneuerung der Schweineabställe vorgesehen, deren Kosten sich auf 260.000 RM belaufen. Für den Umbau und die Erneuerung der Rutsche sind 152.600 RM angelegt, für die Instandsetzung des Ballerierwerkes 12.400 RM. Außerdem sind größere Instandsetzungen und dauernde Verbesserungen an Verwaltungsgebäuden und sonstigen gemeindlichen Anlagen vorgesehen, darunter für einen Umnagarten auf dem Gertraudenriedhof 38.000 RM, für Einbauten und Erweiterungen auf dem Zoodriedhof 26.000 RM, für den neuen Eingang zum Zoologischen Garten an der Hellstraße 15.000 RM, für die Erneuerung von Zoogehegen 10.000 RM, für die Fundamentierung der Blauen Tanne 30.000 RM und für die Erneuerung der Baumstammstütze 125.000 RM. Für 28 Schulen, Volls-, Mittels- und höhere Schulen, für Erneuerungen vorgesehen, die in 140 Millionen Reichsmark zwischen 1.000 und 10.000 RM umfassen. Mehrere Arbeiten betreffen eine Reihe anderer gemeindlicher Anlagen. Schließlich sieht das Arbeitsprogramm verschiedene Maßnahmen

hinsichtlich des Einbaues von Straßenbahnneinrichtungen und von Versorgungsleitungen in ballistischen Straßen und hinsichtlich des Ausbaus der Untergrund- und Oberirdischen auf der Straße „Karl Ernst“ vor, und zwar im Gesamtaufwande von 273.150 RM. Bei 967.000 RM Gesamtaufwande für die größten Arbeitsvorhaben auf dem Schlachthof und für die größten Instandsetzungen und dauernden Verbesserungen an städtischen Gebäuden und sonstigen Arbeiten an gemeindlichen Bauelementen entfallen 409.140 RM auf Löhne und Gehälter, 558.860 RM auf Material usw.

### Der Reichstraßen-Ausbau genehmigt

Außer dem Arbeitsprogramm, das — wie bereits bei der Zusammenlegung unseres Stadtparlaments auch fest — natürlich nicht in eigener Regie, sondern privat durch Unternehmer durchgeführt werden soll, hat der Magistrat auch noch eine Vorlage über den Ausbau der Reichstraßen vom Reich bis zur Staatsstraße, den Stadterordneten zugehen lassen. Unter Zuzugabe der 40-Einwohnerstädte können etwa 80 bis 100 Arbeitsstellen etwa drei Monate Beschäftigung zu Tariflöhnen werden, wenn nur diejenigen Arbeiten kommen, die zur Herstellung und Pflanzung der Baupflanze erforderlich sind. Die Stadterordneten werden zweifellos der Aufnahme der vom Reich bereits bewilligten Anteile in Höhe von 230.000 RM, ebenso zustimmen, wie dem Arbeitsbeschaffungsprogramm selbst, das zwar das Erwerbslosienproblem nicht löst, aber immerhin besser als gar nichts ist. Leider besteht keine Aussicht, den Arbeitsbeschaffungsprogramm zu belohnen, obwohl gerade die Bauämter am meisten zu einer Wirtschaftsbesserung beitragen. Sehr wichtig ist es, daß das Arbeitsbeschaffungsprogramm des RMBS und der sozialdemokratischen Fraktion nicht schon früher beendet worden ist. Dann wäre die Wirtschaft längst aus dem Verfall zurückzuführen, der den Arbeitsmarkt immer weiter verödet hat. Die wertvollste Hilfe für die notleidende Bevölkerung ist die Schaffung von Arbeitsmöglichkeiten.

### Weltkrise und Nationalismus

Ueber dieses Thema sprach gestern Abend Prof. Herr in einer öffentlichen Vortrag bei den Sozialistischen Studenten im Gewerkschaftshaus. Obwohl das Thema an einem Abend schon wieder behandelt werden kann, gab Prof. Herr doch ein klares und abgerundetes Bild von dem zu behandelnden Fragenkomplex. Prof. Herr überlegte in treffenden Ausführungen die nationalpolitische Lage von der Schuld des Sozialismus an dem allgemeinen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zustand — an dem Krieg aller gegen alle, an dem Mißbrauch aller Kräfte zu politischen Zwecken usw. In den politischen und soziologischen Erscheinungen seien die Ursachen dieser Krise nicht zu finden. Prof. Herr kritisierte darauf die kapitalistische Wirtschaft, die als Gesamtkontinuum vollkommener versagt habe. Er zeigte dann in einzelnen die Ursachen dieses Versagens auf, das zu unserer heutigen materiellen und geistigen Verfassung geführt habe. Auch der Weltkrieg habe genug Ursachen in der Wirrnis des Heute gegeben. Nationales Prestige, Egoismus und Unfähigkeit in der Politik dazu das übrige dazu. Der Nationalismus ist subjektiv darum nicht gerecht, in seinem Objektiven aber völlig falsch. Der Nationalismus will die ungelösten epistemischen Probleme, die sich der Kapitalismus nurgar macht, vereiteln. Prof. Herr wies darauf hin, daß die Erkenntnis der Weltwirtschaft, der Vernetzung und ein gesundes Nationalbewußtsein, für das Entgegenkommen etwas Politischem gegen das viele Negative unserer Zeit.

### Arbeitsbeschaffungsplan

der Öffentlichkeit unterbreitet. Gegen die Forderungen der Gewerkschaften ist mit dem System der Einstellungsprämie nicht gebrochen worden. Die 200 Millionen Mark, die hierfür vorgesehen sind, bedeuten eine Subventionierung gerade derjenigen Betriebe, die an den öffentlichen Aufträgen profitieren werden. Man hätte die gesamten Mittel für die öffentliche Arbeitsbeschaffung stellen sollen.

Aus diesem Fonds der Reichsregierung stehen nun den öffentlichen Körperchaften, vor allem den Gemeinden, Darlehen zur Verfügung, mit denen sie volkswirtschaftlich wertvolle Arbeiten ausführen sollen. Die Darlehen sind für einen Zeitraum, der der voraussichtlichen Lebensdauer des Projektes entspricht, gegeben und erst vom 1. Juli 1925 an getilgt werden. Wird das Darlehen für 20 Jahre gegeben, so beträgt der Zins- und Tilgungssatz 6 Prozent. Beschäftigt werden sollen im weiten Umfang langfristige Erwerbslose, Rindererzieher und Familienväter werden bevorzugt eingestellt. Die Arbeitszeit soll 40 Stunden nicht überschreiten.

### Die Grippe grassiert

Über nicht jede Erkrankung ist Grippe. Die Zeit unserer Zeit in verschiedenen Gegenden des Reiches aufstrebende Grippe hat sich in letzter Zeit auch in Halle bemerkbar gemacht. Es handelt sich aber durchweg um leichtere Erkrankungen, die keinen Anlaß zu Besorgnissen geben. Man schützt sich vor der Grippe durch den üblichen Erkältungschutz und zweckmäßiges Schwitzen. Durch Rücksichtnahme auf seine Mitmenschen beim Husten und Niesen an Stellen engerer Menschenansammlungen vermeidet man die Übertragung auf andere. Bei eingetretener Erkrankung ist die sofortige Beachtung eines Arztes die wichtigste und richtigste Maßnahme. Verschleppungen sind meist die Ursache für einen schwereren Verlauf. Es sei besonders darauf hinzuweisen, daß nicht jede Erkrankung mit Fieber und Schnupfen eine Grippe ist. Besonders ist nach dem schweren Verlauf der letzten Tage verhältnismäßig häufig und werden im Publikum oft fälschlich als Grippe angesehen.

### Folgen der Nazi-Betelei

Wer sich darüber aufregt, wird bestraft! Unausgeglichen sind die Kräfte, in denen Nationalsozialisten andersdenkende angestempelt, geschlagen und sogar mißhandelt haben, ohne daß es gelang, sie einer gerechten Strafe zuzuführen. Wenn aber einmal ein Gegner der Nazis die Mute besitzt, die der braunen Bande die Meinung sagt, die ihm bestimmt damit zu rechnen, daß der Arm der Reichlichen Bredelleit sofort zupacken. Das mußte erst wieder ein junger Mann erfahren. Der junge Mensch kam am Sonnabend am Waldhalla an einem dort postierten, vorwiegend keine Wehrpflichtigen schützenden Nazi vorüber. Als er bei dem Hintermann angelangt war, richtete er an ihn die folgende Frage: „Zusammelt wohl für Wolf, damit er noch fetter wird?“ Der Nazi, der Majorie Reichshold Traue, geriet in Aufregung. Es folgte eine Auseinandersetzung, und dabei soll der junge Mann den Hintermann geschlagen haben. Er war auch gleich ein Schwupp da und der „Nebelstier“ wurde festgesetzt. Am Sonntag stand die Geschichte vor dem Schlichter für zur Verhandlung. Der Nazi schmor nach Hitler-Art einen heißen Eid, daß er nicht schlagen worden war, andere Zeugen waren ebenfalls da, so wurde der junge Mann zu 20 RM Geldstrafe verurteilt. Der Herr Traue mußte eingestehen, daß unter der „präfabrierten Staatsführung“ das Betteln, wenn es im Zeichen des Fahrenkreuzes erfolgt, erlaubt ist.

### Halle beansprucht 2 Millionen

Unter Jagendreichen der unter 6. Januar erlassenen Ausführungsbestimmungen hat nun der Magistrat der Stadt Halle ein Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt und beschlossen, zur Durchführung dieser Hoch-, Tiefbau- und sonstigen Arbeiten ein Darlehen von insgesamt 2.01.650 RM aufzunehmen. Bei den im Interesse der Stadtbewohner, der Privilegien, des Schlachthofes, des Elektrizitätswertes, der Straßenbahn und der Bergwerke aufgenommenen Darlehen haben diese Betriebe den anfallenden Kapitaldienst zu tragen. Bei den im Interesse der Hoch- und Tiefbauprogramme aufgenommenen Darlehen werden die in den Haushaltsplänen dieser beiden Dienststellen für Unterhaltungszwecke vorgesehenen Mittel um den Jahresbetrag der Rente gestärkt.

In der den Stadterordneten bereits zugegangenen umfangreichen Magistratsvorlage heißt es: Der Magistrat hat sich nur schwer entscheiden lassen, eine neue große Schuldlast aufzunehmen unter Bedingungen, die wissenschaftlich ungenügend sind als die Bedingungen, die von den Arbeitern an schwersten belasteten Städten erhoben wurden sind. Dennoch hat er seine Bedenken zurückgelassen.

wird die Arbeiten zu 100.000 Erwerbslosentagewerten geschaffen werden, ungeachtet die Tagewerte, die bei den Tiefwerken mehr notwendig sein werden, weil die von anstands der Stadt Halle aufstrebenden 2.01.650 Mark eine wirtschaftliche Belastung darstellen werden, weil alle vorgeschlagenen Arbeitsbringende Arbeiten sind, die früher oder später doch ausgeführt werden müssen, und weil für die Darlehen, soweit sie der Hoch- und Tiefbauprogramme zugute kommen, später die Unterhaltskosten in der Höhe der jährlichen Renten geleistet werden können.

### Welche Arbeiten sind geplant?

In den letzten Jahren hat der Bürgerfiskus den Tiefbauprogramm konsequent nur diejenigen Mittel zur Verfügung gestellt, die zur Unterhaltung der Straßen und sonstigen Anlagen unbedingt notwendig sind; es ist daher verständlich, daß ein sehr erheblicher Teil der Arbeitsmittel zur Durchführung der von den Städtischen Tiefbauverwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen benutzt wird.

### Gegen Draht-Regime und Hitler — Verbot eines SPD-Wahlplatzes aufgehoben.

Im Wahlkampf zum 31. Juli arbeitete die Sozialdemokratische Partei mit einem sehr umfangreichen Plan. „Der ist schuld“ war die Überschrift, neben dem dem Kopf Hitlers lag. In Halle war es nicht nur am Gewerkschaftshaus, sondern auch an einigen Plakataugen angebracht. Dies es auf die braunen Banden wirkte, konnte man daraus ersehen, daß eine Säule in der Geißstraße am Vorabend der Wahl von Hakenkreuzen von Auto aus mit Benzin bespritzt und dann in Brand gesetzt wurde. Das Plakat sollte nicht die Aufgabe von Hitlers Schandtat, angefangen von der Witzsch auf Kapens Hunger-Verordnung bis zu den Bluttagen der SA und SS, erfassen.

Hitler selbst griff zu dem beliebten Mittel der Einschweigen der Verfassung gegen das unbedeuten Plakat. Ihm kam auch der Berliner Polizeipräsident Richter zu Hilfe, der die Verbotung des Plakates herbei, weil er in dem Schlußsatz: „Wehr! Was gegen Hitlers Justizhaus!“ „Wahl Sozialdemokraten“ eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten sah. Selbstverständlich gab sich damit die Sozialdemokratische Partei nicht zufrieden. Durch den Parteivorstand des Gewerkschaftshaus wurde Klage beim Oberverwaltungsgericht als Aufhebung zu Gewalttätigkeiten gemeldet werden konnte und andererseits die Nationalsozialisten weit blutrünstiges Agitationsmaterial umgeben und vertrieben konnten.

### Das Oberverwaltungsgericht hat nun dieser Klage stattgegeben und die Verfassung Reichers aufgehoben.

In der Begründung der Entscheidung wurde betont, daß die beanstandeten Ausdrücke unzulässig von einem objektiven Leser als Anreizung zu Ausschreitungen betrachtet werden könnten. Die verschiedenartige Behandlung von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten durch den Berliner Polizeipräsidenten brauchte deshalb nicht erörtert werden.

### Die letzte Aufforderung der Winterhilfe

Die Sammelmitglieder für die künftige Winterhilfe ist wieder aufgenommen worden. Es ist für die Zeit bis Mitte Februar vom Polizeipräsidenten genehmigt worden. Die Sammelarbeit ist bereits unterwegs, um zum letzten Male in diesem Winter, für die Notleidenden zusammenzukommen, was sich erreichen läßt. Durch einen politischen Kunststreich können sie sich als Sammler der Winterhilfe legitimieren.

### Sohnrart für die Straßenwärter verbindlich

Für die Staats-, Provinzial- und Kreisstraßenwärter Winterhilfsleistungen sind der großen Arbeitsbeschaffungs- und Gewerkschaftssozialen Sohnrart und eine Vereinbarung für Aufträge bei den Straßentruerarbeiten für Winterhilfsleistung für allgemeine Verbindlichkeit erklärt worden. Der Text hat Rechtskraft ab 1. Januar 1925.

### Der ist schuld!

demokratische Partei nicht zufrieden. Durch den Parteivorstand des Gewerkschaftshaus wurde Klage beim Oberverwaltungsgericht als Aufhebung zu Gewalttätigkeiten gemeldet werden konnte und andererseits die Nationalsozialisten weit blutrünstiges Agitationsmaterial umgeben und vertrieben konnten.

### Notwend der deutschen Jugend

Der soziale Dienst hat gestern seine Arbeiten im Rahmen des Notwertes begonnen. Es war eine große Anzahl junger Partei- und Gewerkschaftssozialen erschienen, die sich zu Kameradschaften zusammengeschlossen haben, um gemeinsame Arbeiten zu erleiden. Jeder hat der wichtige Anteil unserer Jugendlichkeit sich nicht mit an der Sache beteiligt. Es liegen nur wenige Meldungen von jungen Mädchen vor.

Wir möchten daran erinnern, daß die Arbeiterbewegung für einen Kursus für junge Mädchen bis zu 20 Jahren in Roden, Platten, Köben und Hilden geplant hat. Meldungen dazu werden in der Rache, Sternstraße 8, entgegen genommen. Die Beschäftigung der Kursteilnehmer, die vollständig kostenlos ist, liegt in den Händen der Arbeiterbewegung und ist dadurch die Gewähr geboten, daß den Jugendlichen ein wirklich nützliches und schmerzhaftes Essen gereicht wird.

### Kursus zur beruflichen Fortbildung finden zur Zeit in der Kaufmännischen Berufs-, Handels- und Höheren Handelsschule auf Veranlassung des Arbeitsamtes für erwerbslose Kaufleute statt. Die









